

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

II. Jahrgang.

Berlin, Montag, den 16. Juli 1883.

N^o 74.

„Despotische Regierungsform.“

Die fortschrittlichen Blätter sind eifrig bemüht, die Resultate der letzten Landtags- und Reichstagsession für ihre Zwecke auszuheben und als „freiheitsfeindlich“ darzustellen. Daß dies nur in ebenso verschwommenen wie abgedroschenen Redensarten geschieht, kann nicht Wunder nehmen: einmal ist das so ihre Art und dann würden sie — daß sind sie sich wohl bewußt — sich selbst in's Fleisch schneiden, wenn sie die großen und günstigen Erfolge der hinter uns liegenden parlamentarischen Periode im Einzelnen als Belege für ihre Anschauung anführen wollten. Es könnte sich ereignen, daß bei der Beurtheilung im Einzelnen die sonst gläubigen Leser den Kopf schütteln und Widerspruch erheben würden: deshalb ziehen sie es vor, lieber in Bausch und Bogen von den „traurigen Früchten reactionärer Bestrebungen“ zu sprechen, gewohnt, daß ihre Anhänger ihnen nicht auf den Zahn fühlen, sondern den Schall allbekannter Klagelieder, ohne sich viel zu besinnen, als Echo weiter tragen werden.

So wird in einem Blatt aus den Ereignissen der letzt vergangenen Monate und Jahre der Beweis geführt — nein, das wäre zu viel gesagt, die Beweisführung wird vielmehr unterlassen — es wird der Schluß gezogen und die kühne Behauptung aufgestellt, daß „die in den sogenannten „maßgebenden“ Kreisen herrschende politische Strömung geradezu auf die thatsächliche Wiederherstellung der bürokratisch-absolutistischen oder, um es ganz unzweideutig zu sagen, der despotischen Regierungsform gerichtet ist.“ Das Blatt meint, es sei hierüber in der letzten parlamentarischen Saison die letzte Möglichkeit eines Zweifels genommen, und in Wirklichkeit zweifle auch Niemand daran.

Eigentlich verlohnt es sich nicht, auf diesen höchst sonderbaren und merkwürdigen Einfall etwas zu erwidern, da wir überzeugt sind, daß Niemand — selbst nicht der Artikelschreiber jenes Blattes — im Ernst an das Vorhandensein eines Strebens nach „despotischer Regierungsform“ glaubt. Jeder braucht nur sich und seine persönliche Lage, seine persönliche Freiheit und das Maß seiner politischen Rechte zu überdenken, um sich zu sagen, daß weder von „maßgebender“ Seite an ein solches Streben gedacht wird, noch ein solches Streben überhaupt möglich ist.

Wenn wir trotzdem ein Wort der Erwiderung auf jenen Angriff haben, so geschieht dies nur, weil uns soeben das Urtheil eines gewiß vorurtheilslosen und liberalen Mannes unter die Augen kommt, welches den Fürsten Bismarck gegen den Vorwurf des Despotismus — dieser Vorwurf ist in letzter Linie stets und so auch jetzt gegen den Kanzler gerichtet — in Schutz nimmt.

Der frühere Gesandte der Vereinigten Staaten Nordamerikas am Berliner Hofe, Herr White, hat sich nämlich am Ende des vorigen Jahres in einem Vortrage in New-York hierüber folgendermaßen ausgesprochen:

... Fürst Bismarck hat sich schon längst gewöhnt, die Regierung im Gegensatz zur Majorität zu leiten. Die Gerechtigkeit verlangt es, zu sagen, daß sein Ausharren im Amt nicht die Folge despotischer Laune oder eigennütziger Hartnäckigkeit ist. Er weigert sich einfach, dem in Europa herrschend gewordenen englischen Konstitutionalismus beizupflichten. Und mag man auch noch so sehr mit der freiheitsliebenden Partei, die ihm gegenwärtig opponirt, sympathisiren, man muß doch dem Glauben sich hingeben, Fürst Bismarck habe instinktmäßig die richtige Bahn betreten. Denn das große Mißgeschick der konstitutionellen europäischen Staaten scheint die blinde Nachahmung der englischen Verfassung zu sein, welche die Exekutive, d. i. die Regierungsgewalt, von dem Willen, ja selbst von der Laune der Legislative abhängig macht. Was durch geschichtliche und soziale Verhältnisse zum Besten für England ausgeschlagen, kann nicht direkt maßgebend für die Kontinentalmächte sein. Ein System, das bei jedem so häufig wiederkehrenden Wechsel der Ministerien sofort alle Männer voll Ehrgeiz in den gesetzgebenden Körpern zu Komplotten treibt, um

möglichst viele Plätze in der allgemeinen Aufregung sich zu sichern, ein solches System kann unmöglich der Volkswohlthat, weder in finanzieller, noch in moralischer Beziehung förderlich sein.

Hierin ist zugleich gesagt, weshalb die Opposition den Vorwurf des Despotismus erhebt: sie will die Regierungsgewalt unter die Herrschaft des Parlaments bringen, sie will den englischen Konstitutionalismus, und da sie ihn nicht hat und nicht haben kann, wird Ach! und Weh! über unsere politischen Zustände geschrien.

Doch in einem Punkte giebt auch Herr White sich einem Irrthum hin. Fürst Bismarck leitet die Regierung nicht im Gegensatz zur Majorität. Alle Gesetze, die zu Stande gekommen sind, sind es durch Majoritäten, wenn auch durch verschiedenartige und wechselnde; — wo eine Majorität im Parlament nicht vorhanden war, ist nichts geschehen, was auf ein Regieren gegen den Willen „der Majorität“ hindeuten könnte.

Was die fortschrittliche Opposition als Streben nach „despotischer Regierungsform“ bezeichnet, ist weiter nichts als ein Widerstand gegen das demagogische Treiben der Opposition und gegen ihr Streben, unsere Verfassungszustände nach ihrem Parteiideal umzumodeln. Aber gerade hierin steht dem Fürsten Bismarck sowohl die Majorität in den parlamentarischen Körperschaften, wie im ganzen Volke zur Seite, und hierin wird sich das Volk auch durch das unsinnigste aller Schlagworte „despotische Regierungsform“ gewiß auch in Zukunft nicht beirren lassen.

Die Nachwahlen.

Die Fortschrittspartei ist bei den bisherigen Nachwahlen zum Reichstage nicht glücklich gewesen: in Hamburg ist ihr Candidat dem Socialdemokraten Bebel, in Neustadt-Landau in der Pfalz einem Nationalliberalen unterlegen. Fortschrittliche Blätter schreien in dem einen wie im anderen Falle über Verrath, nur ein Blatt ist ehrlich genug, einzugestehen, daß die rücksichtslose Agitation der Fortschrittspartei in Hamburg wesentlich Schuld an ihrer Niederlage sei.

Jetzt kommt nun auch das fortschrittliche Parteiorgan „die Parlamentarische Correspondenz“ und erklärt es für einen Fehler, daß Herr Eugen Richter in Landau einen Tag vor der Wahl gesprochen. Sie macht freilich nicht den Redner, sondern das dortige Wahlcomitee hierfür verantwortlich und zieht aus dem Mißerfolg den Schluß, daß es nicht gut sei, einen Tag vorher zu reden: die Rede hätte früher gehalten werden müssen.

Man sieht hieraus, welche geringe Meinung die Fortschrittspartei von den Factoren hat, welche bei einer Wahl den Ausschlag geben. Rein äußerliche, gewissermaßen technische Umstände bedingen nach ihrer Meinung Sieg oder Niederlage und nur diejenige Partei, welche in der Wühlerei besonders geschickt vorgeht, erhält den Preis.

Eine geringere Meinung von dem Wahlgeschäft — und somit also auch von dem Werthe der erfolgten Wahl — kann man wirklich nicht haben. Ebenso kann man auch sagen, Geld, kräftige Lungen und Arme sind allein ausschlaggebend. Wenn aber wirklich nur solche Neckerlichkeiten den Sieg und das Schicksal des Vaterlandes entscheiden sollten, dann könnte man nur mit Bangen und Sorgen um die Entwicklung in die Zukunft sehen.

Aber die Fortschrittspartei irrt sich, wenn sie meint, daß ihre zukünftige Macht allein von einer Vermeidung aller technischen Fehler und von einer geschickten Entfaltung aller möglichen und unmöglichen materiellen Mittel abhängen werde. Man wird zwar diese nie unterschätzen dürfen, ja sie sind ein sehr nothwendiger Bestandtheil des Wahlgeschäfts. Aber schließlich ist doch die im Volke wohnende Sympathie für die eine oder die andere politische